

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Europäisches Parlament fordert Nachbesserungen zum langfristigen Finanzrahmen](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Europäische Kommission präsentiert neue Strategie für die Sicherheitsunion](#) 4

Rat der EU

- [EU-ForschungsministerInnen stoßen Forschungs- und Entwicklungsinitiativen zu Wasserstoff an](#) 5
- [Teileinigung zu REACT-EU: Regionen sollen für den Wiederaufbau mehr Geld erhalten](#) 5

Sonstiges

- [5G-Sicherheit: Neuer Zustandsbericht veröffentlicht](#) 6

[Laufende Konsultationen](#) 9
[Impressum](#) 10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Europäisches Parlament fordert Nachbesserungen zum langfristigen Finanzrahmen

Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der EU-27 nach einem mehr als 4-tägigen Verhandlungsmarathon vergangene Woche doch noch auf einen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die kommenden sieben Jahre einigen konnten, muss hierzu nun noch ein weiterer Kompromiss mit dem Parlament ausgehandelt werden.

Der Corona-Aufbaufonds, als 750 Milliarden Euro schwerer Anteil des insgesamt 1.82 Billionen Euro umfassenden Gesamtkonzepts, sei zwar als „historischer Schritt“ zu werten, langfristige EU-Prioritäten wie der „Green Deal“ und die „Digital Agenda“ seien allerdings gemäß der vorläufigen Einigung gefährdet, so die Abgeordneten in ihrer ersten offiziellen [Stellungnahme](#).

Grundlage hierfür ist eine vom Parlament am 23. Juli verabschiedete [Resolution](#), welche zu den Schlussfolgerungen des Gipfels ausführlich Stellung bezieht. Insgesamt stellten sich mit 465 Abgeordneten eine deutliche [Mehrheit](#) hinter das – vorerst nichtlegislative – Positionspapier. Dieses fungiert allerdings als Grundlage für die weiteren legislativen Verhandlungen mit dem Ministerrat. Gemäß geltendem EU-Recht (Art. 312 AEUV) muss das Parlament letztlich dem Vorschlag des Ministerrats zustimmen, anderenfalls bliebe der informelle EU-Rats-Kompromiss im rechtlichen Sinne Makulatur.

Im Kern des insgesamt 26 Punkte umfassenden Entschließungstexts heißt es, dass das Parlament „der politischen Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 in seiner derzeitigen Fassung nicht“ zustimme, jedoch bereit sei, „unverzüglich konstruktive Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen, um den Vorschlag zu

verbessern“. Speziell kritisiert der Co-Gesetzgeber dabei die vorgeschlagenen Kürzungen bei Gesundheits- und Forschungsprogrammen, im Bildungsbereich sowie den Themen digitaler Wandel und Innovation. Außerdem hätten die Staats- und Regierungschefs das Problem des Gegenfinanzierungsplans zum Aufbauminstrument nicht gelöst, wobei sich die Abgeordneten hier ganz klar hinter die derzeit diskutierte Schaffung neuer Eigenmittel und damit gleichermaßen gegen die, ihrer Meinung nach intendierten, weiteren Kürzungen bei „Programmen mit zusätzlichem europäischen Nutzen bis 2058“ positionieren.

Als Prioritäten für eine angestrebte Einigung mit dem Rat werden vonseiten des Parlaments unter anderem der stärkere Fokus auf einen funktionierenden Rechtsstaatlichkeitsmechanismus sowie die bereits genannte Reform des bestehenden Eigenmittelsystems ausgewiesen. Gerade Letzteres sei für das Parlament ausschlaggebend für eine finale Zustimmung zum MFR. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass eine politische Einigung über den kommenden MFR jedenfalls bis Ende Oktober erzielt werden müsste, um ab dem 1. Januar 2021 einen reibungslosen Start der neuen Programme sicherzustellen. Sollte ein neuer MFR jedoch nicht rechtzeitig angenommen werden,



Europäische Kommission

erinnern die Abgeordneten in ihrem Papier aber auch daran, dass das EU-Recht die vorübergehende Verlängerung der Obergrenze des letzten Jahres des derzeitigen MFR (2020) vorsieht und dass dies mit dem Aufbauplan und der Annahme der neuen MFR-Programme voll und ganz vereinbar sei.

Wie aus dem [Abstimmungsprotokoll](#) zum Entschließungstext hervorgeht, stimmten die österreichischen Abgeordneten von SPÖ, Grünen und NEOS geschlossen für den Gesamttext der Resolution, die ÖVP und FPÖ stimmten fast geschlossen dagegen. Die einzige Tiroler Abgeordnete im Parlament, Barbara Thaler (ÖVP), bewertet das Verhandlungsergebnis der Staats- und Regierungschefs – entgegen der Mehrheit aller EU-Abgeordneten – als Erfolg für „Österreich, als auch Europa“. Die im Entschließungstext enthaltene Kritik sei für Thaler zwar im Kontext von EU-Budget-Verhandlungen generell „nicht ungewöhnlich“, im konkreten Falle aber in vielen Punkten völlig überschießend: „Unter anderem möchte das Parlament das Verhältnis von Zuschüssen und Krediten neu aufschlüsseln und Rabatte, für die unter anderem auch Österreich hart gekämpft hat, begrenzen. Der Resolutions-text spricht außerdem davon, dass das Ergebnis des Rats die Vorteile des Binnenmarktes und der EU als Ganzes völlig missachtet. Dem kann und werde ich nicht zustimmen“. Klare Worte richtet Thaler auch noch in Richtung SPÖ, FPÖ und NEOS: „Verhandlungsergebnisse sind immer Kompromisse“. Allerdings sei es Österreich „durch das Geschick von Bundeskanzler

Sebastian Kurz gelungen, als kleines Land eine gewichtige Stimme zu haben“. Das Ergebnis ermögliche eine Vervierfachung der Rabatte für Österreich, von 137 auf 565 Millionen pro Jahr. Dass der EU-Beitrag Österreichs aufgrund der Inflation und der starken Wirtschaftskraft der letzten Jahre steigen werde, war für Thaler ohnehin klar, „aber mit den Rabatten konnte Bundeskanzler Kurz spürbare Vorteile für die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwirken. Das sollten auch die Oppositionsparteien respektieren“.

Nachdem nun sowohl auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, als auch im Parlament die informellen Claims abgesteckt wurden, gilt es in den kommenden Wochen, gemäß den Bestimmungen des EU-Rechts, eine formelle Einigung zwischen Ministerrat und Parlament zu finden. Damit das Budget rechtzeitig bis 2021 abgesegnet werden kann, gilt es jedenfalls am Verhandlungsweg noch einige Abgeordnete umzustimmen.





Europäische Kommission

Europäische Kommission präsentiert neue Strategie für die Sicherheitsunion

Die am 24. Juli vorgelegte Strategie der Kommission reicht von der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität über die Prävention und Aufdeckung hybrider Bedrohungen. Sie umfasst außerdem Instrumente und Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastruktur und zur Erhöhung der Cybersicherheit und der Förderung von Forschung und Innovation.

Die neue Strategie für die Sicherheitsunion für den Zeitraum 2020 – 2025 soll einen gemeinsamen Handlungsansatz der EU schaffen, um auf die Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich Sicherheit reagieren zu können. Die Strategie konzentriert sich auf die vom EU-Parlament und dem Rat gebilligten Prioritäten:

- **Ein zukunftsfähiges Sicherheitsumfeld:** Bürgerinnen und Bürger sind auf zentrale Online- und Offline-Infrastrukturen angewiesen. Die EU-Kommission wird neue EU-Vorschriften für den Schutz und die Widerstandsfähigkeit kritischer, physischer und digitaler Infrastrukturen vorlegen.
- **Die Bekämpfung sich wandelnder Bedrohungen:** Technologische Entwicklungen werden von Kriminellen zunehmend für ihre Zwecke genutzt, der Einsatz von Schadsoftware und Datendiebstahl steigt. Die Kommission wird sicherstellen, dass die geltenden EU-Vorschriften gegen die Cyberkriminalität ihren Zweck erfüllen und korrekt umgesetzt werden, und sie wird nach geeigneten Maßnahmen gegen Identitätsdiebstahl suchen.
- **Den Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus und organisierter Kriminalität:** Bei der Arbeit zur Verhinderung von Radikalisierung liegt der Schwer-

punkt auf Früherkennung, dem Aufbau von Resilienz und dem Ausstieg sowie auf der Rehabilitation und der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen ist ebenfalls ein zentrales Element der Bekämpfung des Terrorismus.

- **Ein starkes europäisches Sicherheitsökosystem:** Im Kampf gegen Kriminalität und im Streben nach Gerechtigkeit wird die EU die Kooperation und den Informationsaustausch fördern. Zu den zentralen Maßnahmen gehören die Stärkung des Mandats von Europol sowie die Weiterentwicklung von Eurojust im Hinblick auf eine bessere Vernetzung der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden.

EU-Kommissionsvizepräsident [Margaritis Schinas erklärte](#): „Mit der neuen Strategie der EU für eine Sicherheitsunion führen wir die Einzelmaßnahmen zu einem echten Sicherheitsökosystem zusammen. Es ist an der Zeit, die falsche Zweiteilung zwischen online und offline, zwischen digital und physisch sowie zwischen inneren und äußeren Sicherheitsbelangen und Bedrohungen zu überwinden.“



Rat der EU

EU-ForschungsministerInnen stoßen Forschungs- und Entwicklungsinitiativen zu Grünem Wasserstoff an

Beim ersten informellen Rat unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich die EU-Forschungsministerinnen und -minister über erste gemeinsame Initiativen verständigt. Neben der akuten Krisenbewältigung soll ein Fokus auf Forschungs- und Entwicklungsinitiativen zu Grünem Wasserstoff liegen.

Die Ministerinnen und – minister verständigten sich beim [informellen Treffen am 21. Juli](#) darauf, Europa zum weltweiten Innovationsführer und Leitmarkt für Grüne Wasserstofftechnologien zu voranzutreiben. Das übergeordnete Ziel ist es, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Wasserstoff soll dabei eine

besondere Rolle übernehmen. Durch vermehrte Forschungs- und Entwicklungsinitiativen soll der Europäische Forschungsraum gestärkt werden und neue Energietechnologien entwickelt werden. Dies soll auch dazu beitragen, Europa widerstandsfähiger für künftige Krisen zu machen.

Teil-Einigung zu REACT-EU: Regionen sollen für den Wiederaufbau mehr Geld erhalten

Die EU stellt zusätzliche Mittel und Flexibilität bei der Verwendung der Strukturfonds bereit, um die Wiederaufbaumühnungen der Mitgliedstaaten nach dem COVID-19-Ausbruch zu unterstützen.

Die EU-Botschafter billigten am 22. Juli die [Teilposition des Rates](#) zu REACT-EU, wonach zusätzliche Ressourcen zur Stärkung der Wirtschaft und Arbeitsplätze in den am stärksten betroffenen Regionen und zur Vorbereitung des grünen und digitalen Aufschwungs mobilisiert werden soll. Die Ressourcen werden in den Jahren 2021 und 2022 zur Verfügung gestellt und dienen als Brücke zwischen der Notfallreaktion von COVID-19 und der nächsten Phase der langfristigen Reparatur der Wirtschaft. REACT-EU wird in erster Linie Gesundheitsdienste und KMU, den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Schaffung von

Arbeitsplätzen unterstützen, insbesondere für Menschen in gefährdeten Situationen, die Beschäftigung von Jugendlichen und den Zugang zu sozialen Diensten. Die Mitgliedstaaten können auch die Mittelzuweisungen für Programme, für die am stärksten benachteiligten Personen erhöhen.

Sobald sich das Europäische Parlament auf seinen Standpunkt zu den Legislativvorschlägen geeinigt hat, werden die Verhandlungen zwischen den beiden Institutionen mit dem Ziel einer Einigung beginnen.



Sonstiges

5G-Sicherheit: Neuer Zustandsbericht veröffentlicht

Am 24. Juli veröffentlichten die EU-Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission und der Agentur für Cybersicherheit (ENISA) einen [Bericht](#) über die Fortschritte bei der Umsetzung des gemeinsamen EU-Instrumentariums von Risikominderungsmaßnahmen. Das Instrumentarium sieht ein gemeinsames Konzept für die objektive Bewertung von Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit der Einführung der fünften Generation von Mobilfunknetzen (5G) vor.

Gemäß dem Bericht hätten bereits alle Mitgliedstaaten damit begonnen, die Sicherheitsmaßnahmen für 5G-Netze zu prüfen und im Sinne europaweit abgestimmter Konzepte zu verstärken. Der Bericht benennt dabei sämtliche Bereiche, in denen bislang Fortschritte erzielt wurden sowie jene, in denen bisher noch keine Maßnahmen ergriffen wurden.

Lob und Tadel

Die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Kommissions-Vizepräsidentin, Margrethe Vestager äußerte sich im Rahmen der Veröffentlichung des Berichtes wie folgt: „Die zügige Einführung von 5G-Netzen ist für alle Mitgliedstaaten von strategischer Bedeutung, da so neue Möglichkeiten für die Menschen und Unternehmen in Europa erschlossen werden können und der Wandel in unseren kritischen Sektoren vorankommen kann. Die Sicherheit dieser Netze ist unsere gemeinsame Priorität und Verantwortung. Der Bericht zeigt, dass wir bereits große Fortschritte gemacht haben, aber dennoch liegt noch einiges an Arbeit vor uns.“ In dieselbe Kerbe schlägt auch der für Agenden des Binnenmarktes zuständige EU-Kommissar Thierry Breton: „Da das Rollout von 5G-Netzen überall in der EU vorankommt und unsere Wirtschaft, wie die Coronavirus-Krise gezeigt hat, sich zunehmend auf die digitale Infrastruktur stützt, ist ein hohes

Sicherheitsniveau wichtiger denn je. Wir sind fest entschlossen, mit den Mitgliedstaaten robuste Maßnahmen abzustimmen mit dem Ziel, nicht nur 5G-Cybersicherheit zu garantieren, sondern auch unsere technologische Autonomie zu stärken. Der heute vorgelegte Bericht zeugt von unserem Engagement und umreißt die Bereiche, in denen weitere Anstrengungen und mehr Wachsamkeit erforderlich sind.“

Die Widerstandsfähigkeit der 5G-Netze sei gemäß der von der Kommission veröffentlichten [Presseaussendung](#) äußerst wichtig für unsere Gesellschaft, da diese Technologie nicht nur für die digitale Kommunikation von Belang sei, sondern auch für kritische Sektoren wie den Energiesektor, den Verkehrssektor, das Bankwesen und das Gesundheitswesen sowie für industrielle Steuerungssysteme. „5G-Netze werden sensible Informationen transportieren und Sicherheitssysteme unterstützen, die künftig auf sie angewiesen sein werden.“ Die sichere Einführung von 5G sei zwar weitgehend Sache der Marktteilnehmer und grundsätzlich seien die Mitgliedstaaten für die nationale Sicherheit zuständig. Nichtsdestoweniger bedürfe es aber kollektiver Anstrengungen sowie einer koordinierten Umsetzung, damit die Unternehmen und Menschen in der EU das Potenzial der neuen Technologie in vollem Umfang und in aller Sicherheit ausschöpfen könnten.



Sonstiges

Zu diesem Zweck haben sich die Mitgliedstaaten auf ein Bündel möglicher Maßnahmen geeinigt, um insbesondere die Risikoprofile von Anbietern zu bewerten, Anbietern mit einem hohen Risikoprofil Beschränkungen aufzuerlegen sowie gegebenenfalls Anbieter auszuschließen, wo dies für wichtige, als kritisch und anfällig eingestufte Anlagen und Einrichtungen (wie z. B. die Kernnetzfunktionen) erforderlich sei.

Details

Sieht man sich den Bericht im Detail an, so sind bei einigen Maßnahmen des Instrumentariums bereits gute Fortschritte erzielt worden, wie etwa beim Ausbau der nationalen Regulierungsbehörden in puncto 5G-Sicherheit, der Einschränkung von Anbietern nach Maßgabe ihres Risikoprofils oder der Überprüfung für Anforderungen an die Sicherheit und Resilienz von Netzen für Mobilfunkbetreiber. Bezüglich der Bereitstellung von 5G-Diensten liegt Österreich mit bislang 3 kommerziellen Betreibern gemeinsam mit Finnland, Lettland, Rumänien und Schweden an der Spitze, in 15 EU-Staaten (55,6 %) gab es im Mai dieses Jahres noch keine kommerziellen 5G-Dienste. Demgegenüber werden aber auch Bereiche genannt, deren Entwicklung bis dato als ausbaufähig eingestuft wird. Darunter fällt unter anderem die „Gefahr der Abhängigkeit von Hochrisikoanbietern“, Probleme im Zusammenhang mit der „Konzipierung und Einführung angemessener herstellerneutraler Strategien für einzelne Mobilfunknetzbetreiber oder auf nationaler Ebene“ sowie die bestehenden Mechanismen zur „Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen“. Mit Blick auf die Zukunft wird im

Bericht ferner empfohlen, dass die Behörden der Mitgliedstaaten mehr Informationen über die Herausforderungen, bewährten Verfahren und Lösungen bei der Umsetzung des Instrumentariums austauschen sollten. Ebenso sollte in die Kapazitäten der EU im Bereich der 5G-Technik und deren Folgetechnik investiert und dafür gesorgt werden, dass 5G-Projekte unter Berücksichtigung der Cybersicherheitsrisiken mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Nächste Schritte

Die Kommission werde ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der ENISA in der [NIS-Kooperationsgruppe](#) fortsetzen, um die Umsetzung des Instrumentariums zu überwachen und dessen wirksame und kohärente Anwendung sicherzustellen. Eine 2019 verabschiedete Kommissionsempfehlung sieht zudem vor, dass die Mitgliedstaaten bis zum 1. Oktober 2020 die Wirkung der Empfehlung bewerten und ermitteln, ob noch mehr getan werden muss.

Hintergrund

Im März 2019 kam die Kommission der Forderung des Europäischen Rates nach einem abgestimmten Konzept für die Sicherheit von 5G nach und verabschiedete eine [Empfehlung zur Cybersicherheit von 5G-Netzen](#). Darin rief sie die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Risikobewertungen zügig abzuschließen, ihre nationalen Maßnahmen zu überprüfen und zusammen auf EU-Ebene eine koordinierte Risikobewertung und ein gemeinsames Instrumentarium von Maßnahmen zur Risikominderung zu erarbeiten.

Sonstiges



Der auf den nationalen Risikobewertungen der Mitgliedstaaten basierende Bericht über die [EU-weit koordinierte Risikobewertung](#) zur Cybersicherheit in 5G-Netzen, der im Oktober 2019 vorgelegt wurde, nennt die wichtigsten Bedrohungen und Angreifer, die anfälligsten Anlagen, die größten Schwachstellen und eine Reihe strategischer Risiken.

Ergänzend zu diesem Bericht und als weitere Zusammenarbeit zu dem Instrumentarium erstellte die ENISA einen speziellen [Lagebericht](#) mit einer detaillierten Analyse bestimmter technischer Aspekte, insbesondere einer Aufstellung der Netzressourcen und ihrer Bedrohungen.

Im Januar 2020 verabschiedeten die Vertreter der Mitgliedstaaten in der NIS-Kooperationsgruppe das [EU-Instrumentarium](#) der Risikominderungsmaßnahmen. Die Kommission nahm am selben Tag eine [Mitteilung](#) an, in der sie das Instrumentarium billigte und unterstrich, wie wichtig seine wirksame und rasche Umsetzung ist. Außerdem wurden die Mitgliedstaaten darin aufgefordert, bis zum 30. Juni 2020 einen Bericht über seine Umsetzung zu erstellen, welcher letztlich am 24. Juli veröffentlicht wurde.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Europäische Digitale Identität](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
24. Juli 2020 - 2. Oktober 2020

[Arktispolitik der EU](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
21. Juli 2020 - 10. November 2020

[Postdienste - Bewertung](#)

Binnenmarkt
13. Juli 2020 - 29. November 2020

[Schutz der Ozonschicht - Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Klimaschutz
13. Juli 2020 - 9. November 2020

[Bericht über die Unionsbürgerschaft](#)

Justiz und Grundrechte
9. Juli 2020 - 1. Oktober 2020

[Seeverkehr und Binnenschifffahrt - Fahrgastrechte](#)

Verkehr
3. Juli 2020 - 2. Oktober 2020

[Kraftomnibusverkehr - Fahrgastrechte](#)

Verkehr
3. Juli 2020 - 2. Oktober 2020

[Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität](#)

Verkehr
1. Juli 2020 - 29. Juli 2020

[Evaluierung des Weißbuchs Verkehr von 2011](#)

Verkehr
1. Juli 2020 - 23. September 2020

[Versicherungen und Rückversicherungsunternehmen](#)

Bank - und Finanzdienstleistungen
1. Juli 2020 - 26. August 2020

[EU-Wettbewerbspolitik - Bekanntmachung über die Marktabgrenzung \(Evaluierung\)](#)

Wettbewerb
26. Juni 2020 - 09. Oktober 2020

[Fangmöglichkeiten für das Jahr 2021 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
17. Juni 2020 - 31. August 2020

[Gesetz über digitale Dienste](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
2. Juni 2020 - 8. September 2020

[Neues Wettbewerbsinstrument](#)

Wettbewerb
3. Juni 2020 - 8. September 2020

[Rahmen für Investitionsschutz und -erleichterung](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen
26. Mai 2020 - 8. September 2020

[Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros \(Bewertung\)](#)

Steuern
25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Laden von Software auf Funkanlagen](#)

Binnenmarkt
25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Anpassung an den Klimawandel – EU-Strategie](#)

Klimaschutz
14. Mai 2020 - 20. August 2020

[Tiefseefischerei im Nordostatlantik – Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
13. Mai 2020 - 5. August 2020

[Bewertung der EU-Politik zur Förderung der Landwirtschaft](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
8. Mai 2020 - 11. September 2020

[Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt
7. Mai 2020 - 13. August 2020

[Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt
7. Mai 2020 - 30. Juli 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Michael Wolf, MSc

Christina Senn, MA, BSc

Abbildungsverzeichnis

S. 3

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/the-european-parliament-in-strasbourg_15002_pk

S.8

https://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc_id=68510